

Atomwaffen sind verboten!

Am 22. Januar tritt der Vertrag für ein Verbot von Atomwaffen in Kraft

Mit dem Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags wird ein wichtiger Meilenstein auf dem Weg in eine Welt ohne Atomwaffen erreicht. Denn das Abkommen ist nun völkerrechtlich verbindlich, zunächst für die bisher 51 Staaten, die es ratifiziert haben. Der Vertrag verbietet unter anderem Tests, Entwicklung, Produktion, Besitz, Stationierung, Weitergabe sowie den Einsatz von und die Drohung mit Atomwaffen.

Wie wichtig das ist, zeigen weltweit knapp 14.000 Atomwaffen, die sich im Besitz von neun Ländern befinden und die ganze Menschheit bedrohen, besonders im Falle von unberechenbaren Politikern. Niemand sollte die Macht haben, einen Atomkrieg zu starten.

Dass dieses Ziel in vielen Schritten erreicht werden kann, zeigt die Entwicklungsgeschichte des Atomwaffenverbotsvertrags, sowohl weltweit als auch hier in Krefeld. Bemühungen Atomwaffen zu verbieten gibt es schon seit den Atombombenabwürfen auf Hiroshima und Nagasaki, seit mehr als 75 Jahren. Dem Bündnis der „Bürgermeister für den Frieden“, das weltweit die Verbreitung von Atomwaffen verhindern und deren Abschaffung erreichen will, sind 7800 Städte und Gemeinden aus 163 Ländern, über 600 davon in Deutschland, beigetreten. Auch Krefeld gehört seit 2010 dazu. 2017 erreichte es ICAN, die internationale Kampagne zur atomaren Abrüstung, dass ihr Vorschlag für den Atomwaffenverbotsvertrag von den Vereinten Nationen angenommen und verabschiedet wurde. Noch im gleichen Jahr wurde ICAN dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet.

Der Vertrag hat augenblicklich vor allem Symbolkraft, denn die Länder, die ihn unterzeichnet und ratifiziert haben, besitzen gar keine Atomwaffen. Aber ICAN ist überzeugt, dass mit dem Vertrag der Druck auf Atommächte wächst, abzurüsten. Die Kampagne verweist auf ähnliche Verträge, wie das Verbot von Streumunition (2010) oder Landminen (1999), die zu einer internationalen Ächtung der Waffen geführt haben. Zu erwarten sei etwa, dass Banken oder Rentenkassen künftig nicht mehr in Unternehmen investieren, die Komponenten für Atomwaffen produzieren. Im vergangenen September haben sich nun auch 56 ehemalige Staats- und Regierungschefs aus 20 NATO-Staaten sowie aus Japan und Südkorea mit einem offenen Brief zu Wort gemeldet, in dem sie zum Umdenken aufrufen und den Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag fordern.

Die Bundesregierung weigert sich bisher an der Seite der Atomwaffenstaaten, das Abkommen zu unterzeichnen, und das gegen den ausdrücklichen Willen von Parlament und Bevölkerung. Denn schon am 26. März 2010 beschloss der Deutsche Bundestag fraktionsübergreifend einen Antrag, in dem es heißt: "Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich ... mit Nachdruck für den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland einzusetzen". Dieser Beschluss wurde bis heute nicht umgesetzt. Im deutschen Bundestag wächst bei den Abgeordneten der Unmut über die strikte Ablehnung des UN-Atomwaffenverbots durch die Bundesregierung. Meinungsumfragen zeigen auch immer wieder, dass eine deutliche Mehrheit der Deutschen für den Abzug der Atomwaffen und jetzt auch für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags ist.

Nicht anders ist es in Krefeld. Als das Krefelder Friedensbündnis 2018 einen Bürgerantrag für die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags startete, wurde er von mehr als 1000 Krefelder*innen unterzeichnet und führte am 4.07.2019 zum Ratsbeschluss 7368/19 E, in dem es unter anderem heißt: „Der Rat der Stadt Krefeld appelliert an die Bundesregierung, den

Atomwaffenverbotsantrag der Vereinten Nationen zu unterzeichnen und zu ratifizieren.“ Vier Bundesländer und über 100 Städte, Gemeinden und Landkreise in Deutschland haben den ICAN-Städteappell bisher unterschrieben. So ist zu hoffen, dass spätestens die nächste Bundesregierung dem Wunsch der Bevölkerung entspricht und den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet, um die Welt etwas sicherer zu machen.

www.krefelder-friedensbuendnis.de